

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

**Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher**



Masseneinwanderung 6-7

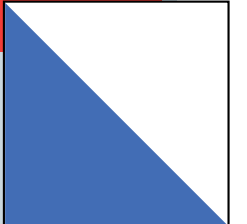
**Arbeit muss sich
wieder lohnen!**



Kanton Zürich

9-20

**Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen**



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

In den **Ständerat**

**Roger
Köppel**



**Haben Sie Fragen
zu den Wahlen?**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

**Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0**

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

**Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch**

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2

Alles zu den National- und Ständeratswahlen im

Kanton Zürich Seite 9-20

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

«Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

«Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

**Frei
und
sicher.**

**SVP
wählen!**



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit einem starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!** Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen.

Das ist so zynisch, wie wenn den Autofahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahren» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Autofahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will.

Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

« Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv aus-
geweitet. »

Noch einfacher einwandern

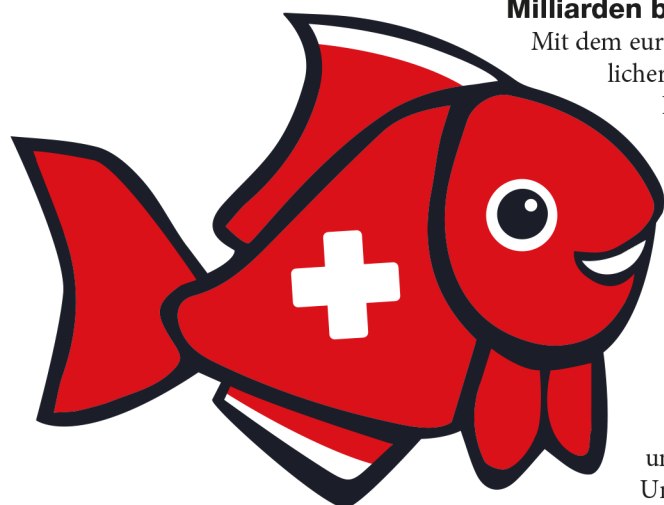
Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv aus-
geweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!



Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

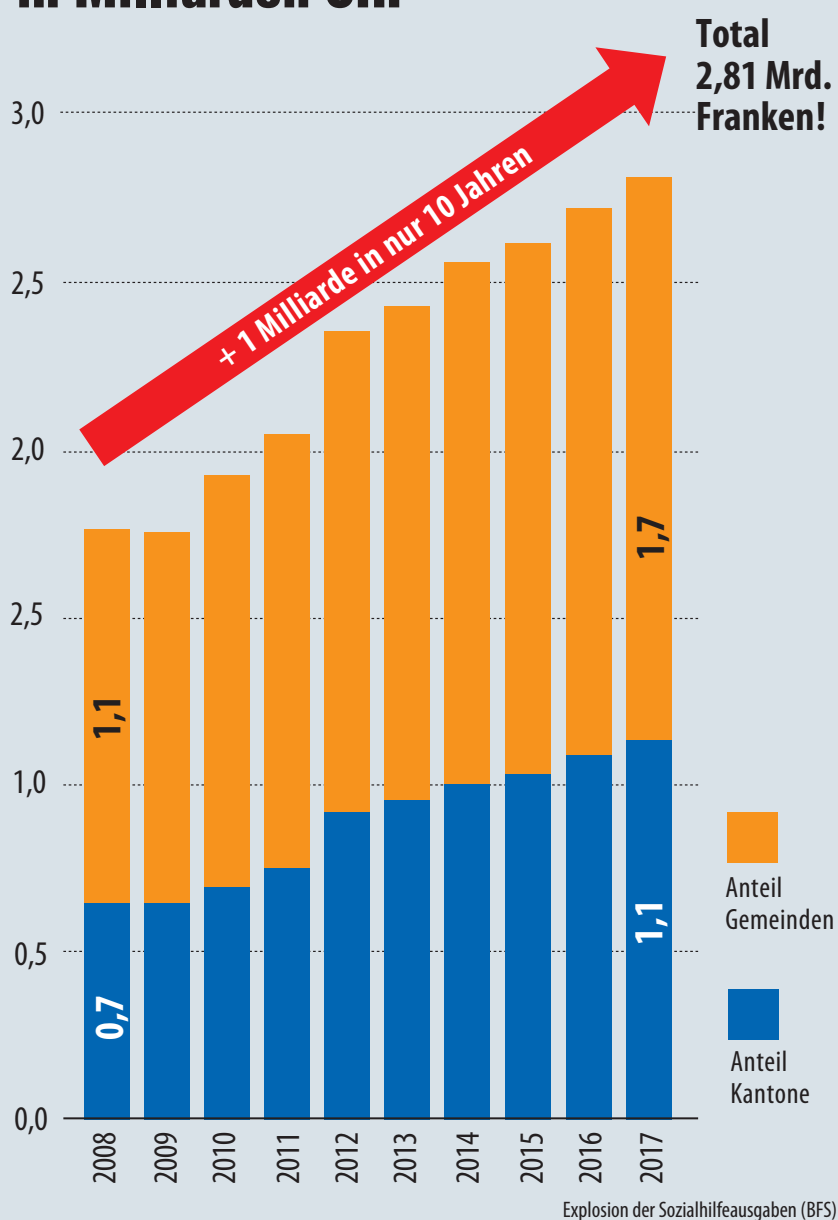
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP ?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu. Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will. Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt. Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30 % mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30 % mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen. Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

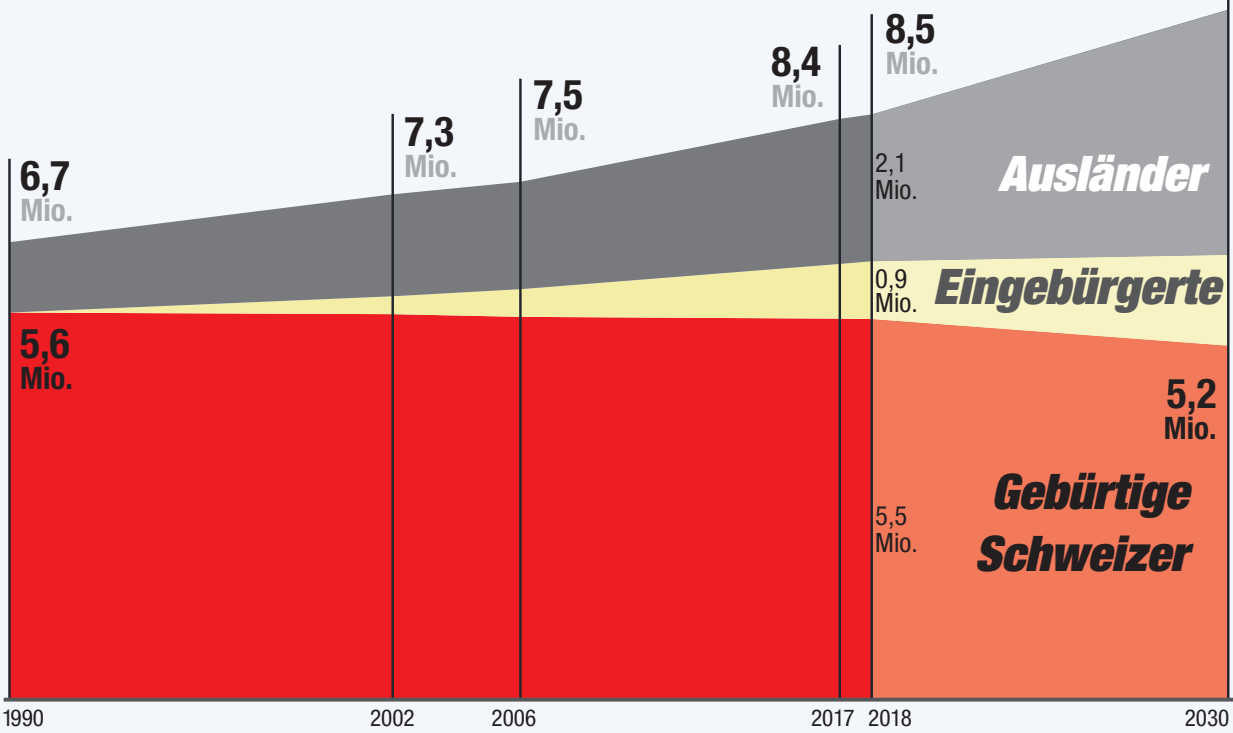
Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Schon bald 10-Millionen-Schweiz ?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren !



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb



- 1** Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?
- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = **FA**
 - ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = **SV**



- 2** Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?
- ☐ rund 100'000 = **KE**
 - ☐ rund 1'000'000 = **PW**



- 3** Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?
- ☐ Mike Shiva = **NE**
 - ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = **AE**



- 4** Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?
- ☐ «Freibier auf sicher» = **W**
 - ☐ «Frei und sicher» = **H**



- 5** Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?
- ☐ Auf mindestens 10 % = **S**
 - ☐ Auf mindestens 15 % = **LE**



- 6** Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»
- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = **N**
 - ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = **!**

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
 - ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
 - ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
 - ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Bitte schicken Sie mir:
- ☐ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
 - ☐ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
 - ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Kanton Zürich – Wirtschaftsmotor der Schweiz



Von Patrick Walder
Präsident SVP des Kantons Zürich

Frei und sicher.

Liebe Zürcherinnen, liebe Zürcher

Ohne den Kanton Zürich steht die Schweiz still. Als grösster Zahler in den nationalen Finanzausgleich schafft er Arbeits- und Ausbildungsplätze, Sicherheit und eine hohe Lebensqualität in der ganzen Schweiz. Packen wir es an, um dem Kanton Zürich und damit der Schweiz weiterhin Sorge zu tragen:

- Sie leisten einen grossen Beitrag, wenn Sie als Konsumentin oder Konsument saisonale, lokale Produkte einkaufen. Unsere Landwirtschaft sorgt für die Ernährungssicherheit auf einem hohen Qualitätsniveau. Die SVP setzt sich für eine eigenständige und nachhaltige Landwirtschaftspolitik ein.
- Die Schweiz muss die Masseneinwanderung stoppen. Wir alle erleben täglich am eigenen Leib, wie die Züge und Strassen überfüllt und die Infrastrukturen überlastet sind. Ältere Arbeitnehmer verlieren ihren Job, die Landschaft wird zubetoniert und die Natur grossflächig zerstört. Die SVP kämpft dafür, dass wir die Zuwanderung endlich wieder selbst steuern können.
- Obwohl die Asylzahlen gegenüber den Rekordjahren rückläufig sind, steigen die Kosten immer weiter an. Das Asylwesen belastet je länger je mehr die Kassen unserer Gemeinden. Der Bund zieht sich aus

der Verantwortung zurück und überträgt die horrenden Asylkosten auf die Gemeinden. Sie als Zürcher Steuerzahlerin und Steuerzahler werden das zu spüren

«Wir müssen die Masseneinwanderung stoppen.»

- Nur die grossen, multinationalen Konzerne mit meist ausländischen Managern befürworten das EU-Rahmenabkommen und opfern damit die Selbstständigkeit der Schweiz für ihren Bonus und für kurzfristigen Profit. In der Schweiz schaffen die mittleren und kleinen Unternehmen (KMU) einen Grossteil der Arbeitsplätze. Für diese mittelständischen Unternehmen steht die SVP ein.
- Mit den sicheren Arbeitsplätzen

bekommen. Die SVP steht für eine Asylpolitik, die an Leib und Leben

bedrohten Personen Zuflucht gewährt, sich von Wirtschaftsmigranten aber nicht ausnützen lässt.

«Die SVP setzt sich aktiv und positiv für unsere Gesellschaft und für eine freie, sichere Schweiz ein.»

einher geht auch eine angemessene Bildung. Das duale Bildungssystem in der Schweiz ist einzigartig und wir müssen es weiterhin fördern. Ihm verdanken wir eine geringe Jugendarbeitslosigkeit. Wir alle profitieren von gut ausgebildeten Berufsleuten. Die SVP steht zum dualen Bildungssystem und verteidigt dies auf allen Stufen.

- Wir müssen der Zentralisierung und Verstaatlichung vermehrt entgegenwirken. Am Beispiel der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zeigt sich, dass eine Professionalisierung schlechter funktioniert als ein bewährtes Milizsystem, welches auf Eigenverantwortung aufgebaut ist. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung gehören zu den Leitfäden der SVP-Politik.
- Bei der Bekämpfung des Sozialhilfebetrugs gilt es, die Erfolge der SVP der früheren Jahre zu vertei-

digen. Die SVP setzt sich für eine vernünftige Kontrolle des Sozialsystems ein. Missbrauch muss weiterhin konsequent bekämpft werden können. Die Sozialhilfegelder sollen ausschliesslich den unverschuldet Notleidenden zugute kommen.

- Die SVP setzt sich aktiv und positiv für unsere Gesellschaft und für eine freie, sichere Schweiz ein. Wir

bewahren, was uns unsere Vorfahren erschaffen haben. Jung und Alt, Frau und Mann, ziehen in der SVP am gleichen Strick.

Wenn auch Ihnen eine freie und sichere Schweiz am Herzen liegt, wählen Sie bei den Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019 **SVP Liste 1** sowie **Roger Köppel** in den Ständerat.

Frei und sicher.

**Ich wott's
Ich wähl's**

Liste 1



EU-Rahmenabkommen: Gefahr für Kantone und Gemeinden

Von Gregor Rutz, Nationalrat / Mitglied Staatspolitische Kommission

Wer meint, ein Rahmenabkommen mit der EU betreffe nur Bundesbern, täuscht sich gefährlich. Gemeinden und Kantone würden die Auswirkungen eines solchen Unterwerfungsvertrags direkt spüren. Die demokratischen Mitspracherechte würden massiv eingeschränkt, die Gemeindeautonomie beschnitten. Vieles würde in Brüssel entschieden, und nicht mehr vor Ort.



Ein EU-Beitritt wurde bisher immer klar abgelehnt. Volk und Stände wollten keine institutionelle Einbindung in die Europäische Union, sondern einen Weg der Selbstständigkeit mit der Möglichkeit für bilaterale Verträge. Dort, wo wir ein Interesse haben, wollen wir verhandeln und allenfalls gezielt einen Vertrag abschliessen. Was wir aber nicht wollen, sind «generelle» Verträge, die unsere Selbstständigkeit beschneiden und uns fremde Regeln aufzwingen. Genau ein solcher «genereller» Vertrag aber wäre das institutionelle Rahmenabkommen (InstA). Es würde das Ende des bilateralen Wegs bedeuten und zu einer grossflächigen Angleichung der schweizerischen Rechtsordnung an europäische Prinzipien führen.

Direkte Demokratie wird ausgeschaltet

Das institutionelle Abkommen enthält die Verpflichtung, Weiterentwicklungen des europäischen Rechts zu übernehmen (sog. «dynamische Aktualisierung»). Das heisst: Die EU beschliesst Regelungen, welche die Schweiz übernehmen muss. Wir können zwar mitdiskutieren, haben aber kein Mitentscheidungs- und auch kein Vetorecht. Trotzdem behauptet der Bundesrat, die Schweiz könne stets frei entscheiden, ob sie entsprechende Änderungen übernehmen möchte oder nicht. Das ist falsch: Bei jeder nicht übernommenen Bestimmung hätte die EU die

Möglichkeit, mittels sog. «Ausgleichsmassnahmen» Druck aufzubauen. Ein Gutachten der Universität Zürich sagt klar: «Die im InstA vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen untermauern jedoch die Übernahmepflicht auf derart effektive Weise, dass auf Parlament und Stimmberechtigten stets latenter Druck lastet, die Neuerung zu akzeptieren.» Die demokratischen Abläufe und die Mitspracherechte von Volk und Kantonen würden also faktisch ausgeschaltet.

Fertig mit Föderalismus

Kantone und Gemeinden hätten nicht mehr viel zu sagen: Was vom Rahmenabkommen erfasst ist, muss die Schweiz nachvollziehen. Wir können diese Belange nicht mehr auf kantonaler oder kommunaler Ebene anders regeln. Mit dem Rahmenabkommen würden automatisch Kompetenzen auf eine höhere (europäische) Ebene verlagert, ohne dass es hierfür eine Abstimmung gibt. Dies ist fatal, denn heute braucht es in der Schweiz jedes Mal zwingend ein Volks- und Ständemehr, wenn kantonale Kompetenzen auf den Bund übertragen werden sollen. Wollen wir diese bewährte Kompetenzaufteilung wirklich leichtfertig aushebeln? Wollen wir die Kantone derart schwächen?

Steuer- und Wirtschaftspolitik aus Brüssel?

Besonders restriktiv ist die EU beim Verbot staatlicher Beihilfen. Die Staatsgarantie für Kantonalbanken – heute in etlichen Kantonen gängige Praxis – würde wohl unter dieses Ver-

bot fallen. Die Kantone müssten sich an die EU-Vorgaben halten. Der Mieterverband befürchtet, auch die öffentliche Wohnbauförderung könnte von der EU als unzulässige Beihilfe klassifiziert werden. Aber es geht noch weiter: Auch die Elektrizitäts- und Wasserversorgung, kantonale Gebäudeversicherer, die Landwirtschaft sowie öffentliche Spi-

täler oder Beiträge an Kultur und Sportförderung könnten von den restriktiven EU-Regelungen betroffen sein.

Selbst die Steuerpolitik würde wohl direkt aus Brüssel beeinflusst. Die Bestrebungen von OECD und G20 für eine internationale Steuerharmonisierung (!) zeigen, was uns blühen könnte. Auch die Steuervorlage, über welche wir am 19. Mai abstimmen, musste nur darum erarbeitet werden, weil sich europäische Kreise an der (vorteilhaften) Besteuerung von Holding-Gesellschaften im Kanton Zug störten. Wollen wir wirklich, dass

die kantonale Steuerpolitik künftig in Brüssel entschieden wird? Und sind wir uns bewusst, dass in solchen Fällen, wo europäisches Recht betroffen ist, immer der Europäische Gerichtshof – und nicht etwa ein Schiedsgericht – das letzte Wort hätte?

Eigenständigkeit bedeutet Wohlstand

Die Schweiz ist ein attraktiver Standort, weil sie andere Rahmenbedingungen hat als die meisten EU-Länder. Genau diese Möglichkeit zur Unterscheidung ginge mit einem Rahmenabkommen verloren. Wehren wir uns für eine eigenständige, starke Schweiz und vor allem auch für unsere Demokratie! Seien wir stolz auf diese Unterschiede, denn sie machen letztlich den Wohlstand unseres Landes aus.



Jährlich mehrere Hundert Millionen Franken für EU-Sozialtouristen zahlen?

Die Unionsbürgerschaft zwingt uns dazu, allen (!) EU-Bürgern in der Schweiz Sozialleistungen zu bezahlen. Die Folgen:

- Noch mehr EU-Schmarotzer werden direkt in unsere Sozialsysteme einwandern, da die Sozialleistungen in der Schweiz so hoch sind wie in kaum einem anderen Land!
- Kosten in höherer dreistelligen Millionenhöhe. Das Geld fehlt dann für unsere eigene Bevölkerung!

Achtung:

Mit dem Rahmenvertrag kann uns die EU ihre Unionsbürgerschaft aufzwingen!

Wer wählt SVP?

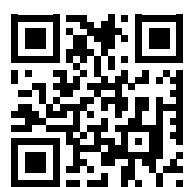


„Ich habe mein eigenes Start-up gegründet, darauf bin ich besonders stolz. Saxofon spiele ich regelmässig. Mit 14 Jahren bin ich den Jungfreisinnigen beigetreten. Die Klima-Hysterie und die unterwürfige Europapolitik der FDP haben mich jedoch zum Partei- Austritt gezwungen.“

Und darum wähle ich SVP, weil sie hält, was sie verspricht.

Darshan Pubishing

Jungunternehmer wählen SVP



Dieses und weitere Videos auf: falschgedacht.ch

Video ansehen:

Asylmissstand immer noch ungelöst

Von Alfred Heer, Nationalrat

Wenn man die Berichterstattung in den Medien verfolgt, ist das Thema Asyl aus dem Fokus geraten. Man rechnet für das Jahr 2019 mit rund 15 000 Asylgesuchen, was in Anbetracht der Zahlen aus dem Jahr 2015 mit fast 40 000 Gesuchen niedrig erscheinen mag. Tatsächlich sind die Asylgesuche rückläufig, aber 15 000 Gesuche sind für ein kleines Land wie die Schweiz immer noch sehr viel.



Es ist leider eine unbestrittene Tatsache, dass viele Asylsuchende auch nach Jahren von der Sozialhilfe leben. Viele wollen sich nicht integrieren

und leben auf Kosten der Steuerzahlenden in unserem Land. Seit 2010 haben rund 200 000 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz gestellt. Auch wenn nicht alle Asylgesuche angenommen wurden: Im Jahre 2016 haben 85,8 Prozent der Flüchtlinge Sozialhilfe bezogen. Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Auch die Fürsorgeleistungen in den Gemeinden gehen trotz einer einigermaßen tiefen Arbeitslosenquote kaum zurück. Eine verantwortungslose Entwicklung zeichnet sich ab.

Erfolge der SVP

Die SVP hat in den vergangenen Jahren im Kanton Zürich erfolgreich

Kürzungen im Fürsorgebereich für Asylsuchende durchgesetzt. Dabei geht es nicht um soziale Härte, sondern darum, dass die Steuerzahlenden nicht für integrationsunwillige Personen aufkommen sollen. Viele ältere Menschen in der Schweiz, welche das ganze Leben hart gearbeitet haben, brauchen Ergänzungsleistungen. Sozialhilfe ist dafür gedacht, Menschen zu unterstützen, welche Hilfe brauchen.

Wer trägt die Verantwortung?

Für die heutige Situation tragen diejenigen die Verantwortung, welche beispielsweise entschieden haben, dass Militärdienstverweigerung in Eritrea

ein Asylgrund ist. Es tragen diejenigen die Verantwortung, die gegen Grenzkontrollen sind. Es tragen diejenigen die Verantwortung, welche Italien Vorwürfe machen, nur weil es die europäischen Aussengrenzen schützt. Und die Verantwortung trägt die Sozialindustrie in der Schweiz, welche sich auf Kosten der Asylsuchenden respektive der Steuerzahler eine goldene Nase verdient.

Die SVP wird weiterhin den Missbrauch im Asylwesen auf allen Stufen entschieden bekämpfen. Das Asylchaos ist eine tickende, soziale Zeitbombe, die wir schleunigst entschärfen müssen.

+11 422%

276 eritreische Sozialhilfebezüger

31 526 (!) eritreische Sozialhilfebezüger

2006 2016

Fakten zum Eritrea-Asylchaos:

Eritreer sind nicht an Leib und Leben bedroht. Sie sind keine echten Flüchtlinge. Selbst das Bundesverwaltungsgericht hält fest: Eine Wegweisung ist zulässig und zumutbar. (Urteile D-2311/2016 und E-5022/2017)

Viele Eritreer fallen negativ auf. Sie plündern unsere Sozialwerke: Die Sozialhilfequote unter Eritreern beträgt fast 90 Prozent. (Nau.ch, 08.07.2019)



Symbolbild

Unfassbare Tat am Frankfurter Hauptbahnhof: Der Gleis-Killer reiste 2006 illegal aus Eritrea in die Schweiz ein. Trotz illegaler Einreise wurde er nicht ausgeschafft. In Frankfurt stiess er einen Achtjährigen und dessen Mutter vor einen einfahrenden Zug.

Quelle: NZZ.ch, 01.08.19

Zahl der eritreischen Sozialhilfebezüger innert zehn Jahren explodiert:

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)

Integration beginnt mit der Beachtung der Gesetze

Von Claudio Zanetti, Nationalrat

Der Staat soll die Bevölkerung möglichst in Ruhe lassen. Er ist nicht da, um uns zu erziehen. Er hat einzig und alleine unsere Gesetze durchzusetzen.



Schweizer Geschichte? Das könnte für einige ganz schön peinlich werden.

Bedeutung von Integration

Allgemein versteht man unter Integration die gegenseitige und wechselseitige Anpassung zwischen einer Person und einer Gruppe. Dabei wird nicht nur von der Integration von Migrantinnen und Migranten gesprochen, sondern auch von der Integration von Jugendlichen, Behinderten oder anderen festgelegten Gesellschaftsgruppen.

Wie fast alles, ist in der Schweiz auch die Integration genau geregelt. Wir haben sogar ein Ausländer- und Integrationsgesetz, das die Integration durch Anreize fördern soll. So soll unter anderem der Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene erleichtert werden. Die Kantone haben unter anderem die Möglichkeit, die Ertei-

lung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung vom Besuch eines Sprach- oder Integrationskurses abhängig zu machen.

Schweizer Werte verteidigen

Als freiheitlich gesinnter Mensch bin ich der Meinung, dass der Staat den Menschen – ausser im Falle einer Einbürgerung, wo selbstredend höhere Anforderungen gelten – nicht vorschreiben darf, wie sie zu leben haben. Der Staat ist nicht da, um uns zu erziehen. Aber er hat dafür zu sorgen, dass unsere Gesetze durchgesetzt und beachtet werden. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Rechtsgleichheit zwischen Mann und Frau und die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die auch den Nicht-Glauben schützt. Das sind nicht einfache Werte die man gut finden oder ablehnen kann. Das sind Bollwerke unserer Rechtsordnung. Darüber verhandelt ein aufgeklärter und freiheitlicher Rechtsstaat nicht.

Masseneinwanderung:



10-Millionen-Schweiz?

Wer das nicht will, wählt SVP

Liste 1



Freiheit statt EU-Knechtschaft

Von Roger Köppel, Nationalrat / Ständeratskandidat

Bei meiner Kandidatur für den Ständerat geht es mir um Themen, nicht um ein Pöstchen. Die beiden bisherigen Zürcher Ständeräte befürworten den EU-Anbindungsvertrag, den Missbrauch des Klimawandels zur Plünderung unseres Mittelstandes sowie die grenzenlose Zuwanderung. Der Kanton Zürich hat Besseres verdient.

Die Europafrage ist das entscheidende Motiv meiner Kandidatur: Ich will dieses grundlegende Thema an die oberste Stelle der politischen Agenda setzen – auch gegen eine Mehrheit und gegen die Übermacht von Parteien und Politikern, die davon im Wahljahr absichtlich auf keinen Fall sprechen wollen. So versuchen sie, ihr falsches Konzept einer institutionellen Anketung der Schweiz an die EU voranzutreiben. Der EU-Unterwerfungsvertrag nimmt uns Bürgern das Stimmrecht weg. Das institutionelle Kolonialabkommen aus Brüssel will einen fremden Gesetzgeber und fremde Richter in der Schweiz einrichten. Volk, Kantone und Parlamente wären entmachtet. Doch ohne Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wird letztlich je-

«Der EU-Unterwerfungsvertrag nimmt uns Bürgern das Stimmrecht weg.»

der einzelne politische Entscheid und damit jedes staatsbürgerliche Engagement unserer Politiker wie unserer Bürger zwecklos. Die Schweiz würde ihr bewährtes, nachweislich erfolgreiches Staatsmodell beerdigen, um sich stattdessen in einer Art Vassallenstatus, als Untertanengebiet der EU, ihrem Recht, ihren Richtern und ihren Sanktionen unterzuordnen. Damit wäre die Grundlage unseres Wohlstands und unseres friedlichen Zusammenlebens dahin.

Missbrauch des Klimawandels

Ich wende mich in aller Form gegen den Missbrauch des Klimawandels zur Umwälzung unserer Gesellschaft in grün-marxistische Richtung. Die rot-grüne diktatorische Klimapolitik raubt uns die Freiheit, das Geld und das Eigentum. Dennoch werden die rot-grünen Staatsprofiteure von den Medien kritiklos bejubelt. Dabei gefährden sie unseren Wohlstand und unseren Mittelstand. Die Grünen bis hin zum Freisinn wollen eine «klimaneutrale» Schweiz bis 2050. Das wäre industrieller Selbstmord, das Ende des Wohlstands und von Tausenden von Arbeitsplätzen in der Schweiz,

«Die Europafrage ist das entscheidende Motiv meiner Kandidatur.»

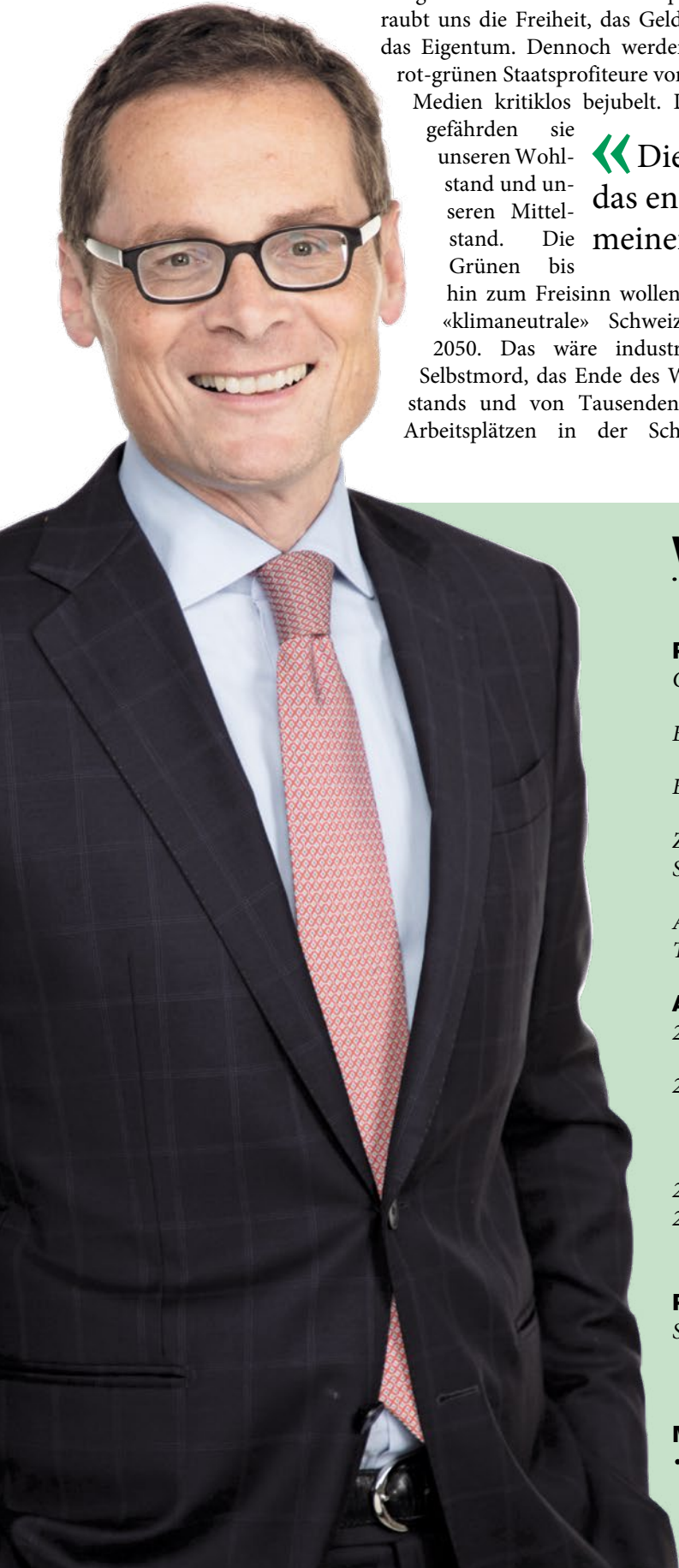
geopfert einem unseriösen Klima-Extremismus, der nichts bringt. Denn selbst wenn die Schweiz auf null CO₂ runterginge, hätte dies keinen messbaren Einfluss auf das Klima. Und die grossen Staaten wie Indien, China und USA machen ohnehin nicht mit. Die Zeche zahlt der Mittelstand – auch durch verteuerte Mobilität und verteuertes Wohnen. Unsere Bevölkerung bedrückt auch die ungesteuerte, nach wie vor unbremste Zuwanderung. Es gibt keinen Sozialstaat ohne Grenzen, und unsere Sozialwerke drohen angesichts der Masseneinwanderung zusammenzubrechen. Immer mehr Schweizer Arbeitnehmer werden verdrängt und durch junge Zuwanderer aus der EU ersetzt. Das darf so nicht weitergehen. Eine Begrenzung der Zuwanderung tut not.

Die Sache im Zentrum

Warum stelle ich mich der Herausforderung, am 20. Oktober 2019 für den Ständerat zu kandidieren? Meine Erfahrung, meine Überzeugung und meine Fähigkeiten als Journalist und Debattierer möchte ich aufbieten, um die beiden gleichgesinnten EU-Anbinder in diesem Wahljahr herauszufordern. Ich will sie zwingen, der EU-Frage nicht auszuweichen, damit ich in Streitgesprächen mit diesen beiden Exponenten aufklärerisch wirken kann. Darum unternehme ich gegenwärtig eine Tour durch sämtliche 162 Gemein-



Das ist die Wahl am 20. Oktober 2019: EU-Knechtschaft oder eine freie und sichere Schweiz.



Wer ist Roger Köppel?

Personalien
Geburtsdatum: 21. März 1965 in Zürich
Bürgerorte: Küsnacht (ZH) Widnau (SG)
Beruf: Journalist Medienunternehmer
Zivilstand: verheiratet
Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch
Anzahl Kinder: 3
Titel: lic. phil. I

Auszeichnungen
2010 Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik
2009 «Journalist des Jahres 2009», Kategorie Politik, ausgezeichnet durch die Zeitschrift «Schweizer Journalist»
2006 «Journalist des Jahres 2006»
2004 «Liberal Award» der Zürcher Jungfreisinnigen

Politischer Werdegang
Seit 2015: Nationalrat, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK)

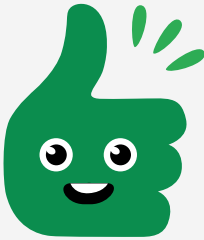
Mitgliedschaften
• Präsident des Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» (EU-No)

den des Kantons Zürich, um die Bürgerinnen und Bürger zum Wählen anzuspornen. Nicht das eigene Prestige, die eigene Karriere, sondern die Sache, die Schweiz, steht bei meinem Engagement im Zentrum. Leider ist es heute wieder nötig geworden, für unsere Grundwerte zu kämpfen. Die Politik ist zu wichtig, als dass wir sie der Verwaltung, wirklichkeitsfremden Weltverbesserern oder dem faktischen Berufsparlament in Bern überlassen dürfen. Als Unternehmer, überzeugter Milizler und Familienvater möchte

ich für die Unabhängigkeit und für unsere Staatssäulen kämpfen. Mein Einsatz gilt dem werktätigen Mittelstand, der die Hauptschlagader unseres Wohlstandes bildet, der aber vom Staat mit immer neuen Bleiplatten belastet wird. Seit je lautete die entscheidende Frage der Schweiz: Wie finanzieren wir die Zukunft? Heute wird in einer Art Wohlstandsverblendung behauptet, wir könnten uns jede Ausgabe leisten. Dagegen werde ich ankämpfen. Und daran können Sie mich messen.

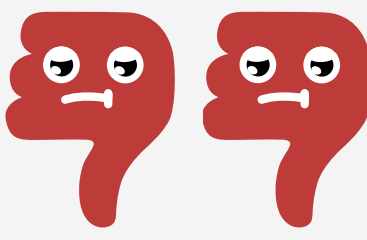
«Mein Einsatz gilt dem werktätigen Mittelstand, der die Hauptschlagader unseres Wohlstandes bildet, der aber vom Staat mit immer neuen Bleiplatten belastet wird.»

Dafür steht Roger Köppel im Ständerat ein:



- Freiheit statt EU-Knechtschaft
- Direkte Demokratie erhalten
- Zuwanderung begrenzen
- Mittelstand entlasten
- Themen statt Pöstchen
- Sache ins Zentrum

Dafür stehen die beiden bisherigen Ständeräte ein:



- EU-Unterwerfungsvertrag
- Fremde Richter statt Volksrechte
- Grenzenlose Zuwanderung
- Eigene Karriere statt Volkswohl
- Missbrauch des Klimawandels zur Plünderung unseres Mittelstandes

Deshalb: Am 20. Oktober 2019 nur Roger Köppel in den Ständerat!

Warum die Masseneinwanderung schadet

Von Thomas Matter, Nationalrat

Die Schweiz hat innert 13 Jahren eine Masseneinwanderung von einer Million Menschen erlebt. Das überlastet unsere Infrastrukturen und unsere Umwelt. Die unbegrenzte Zuwanderung schadet aber auch den einheimischen Arbeitnehmern, der Produktivität und unserer Lebensqualität.



Die Personenfreizügigkeit war nie ein Wunsch der Schweiz. Nur die EU wollte, dass ihre Arbeitskräfte ungesteuert in unser Land auswandern können. Um dem Volk die Masseneinwanderung schmackhaft zu ma-

chen, sagte der Bundesrat lediglich 8000 bis 10 000 EU-Zuwanderer pro Jahr voraus. Und er versprach «flankierende Massnahmen» zum Lohnschutz, welche die EU jetzt plötzlich nicht mehr akzeptieren will. Die SVP hat immer vor einer Masseneinwanderung gewarnt. Aktuell strömen noch immer über 70 000 Menschen pro Jahr zu uns.

Nur noch Mittelmass

Die negativen Folgen für die Wirtschaft und für unseren Werkplatz sind nicht zu übersehen. Viele über Fünfzigjährige verlieren ihre Arbeit und werden durch junge, billigere EU-Zuwanderer ersetzt. Viele von diesen

Ausländern sind wenig qualifiziert, so dass die Wirtschaft – im Gegensatz zu früher – ständig über Fachkräftemangel jammert. Denn wir sind an die Personenfreizügigkeit gebunden und können nicht mehr die weltweit Besten zu uns holen. Immer mehr Personen arbeiten für eine immer geringere Wertschöpfung. Der Wohlstand pro Kopf stagniert. Bezüglich Produktivität – die Wertschöpfung pro geleistete Arbeitsstunde – sind wir gerade noch Mittelmass.

Lebensqualität schützen

Auch ist die Schweiz nicht für 10 Millionen Einwohner gemacht. Wir müssen die Zubetonierung der Landschaft

und die immer grössere Überlastung von Strassen, öffentlichem Verkehr, Schulen und Spitälern stoppen. Es ist ein Irrtum zu glauben, die Zuwanderer würden unsere Sozialwerke retten. Denn der durchschnittliche EU-Bürger kostet beispielsweise die Arbeitslosenversicherung mehr, als er einzahlt.

Und die Erwerbslosenquote steht rekordhoch bei 4,9 Prozent. Höchste Zeit also, die Zuwanderung in unser Land wieder eigenständig zu steuern. Mit einer starken SVP im Bundesparlament. Und mit einem Ja zur SVP-Begrenzungsinitiative!

So lügt uns Bundesbern an:

Kumulierte Netto-Zuwanderung 2002 bis 2018

Vom Bundesrat erwartete maximale Zuwanderung aus EU/EFTA-Staaten

Tatsächlich erfolgte Zuwanderung aus EU/EFTA-Staaten

Tatsächlich erfolgte Zuwanderung in die Schweiz insgesamt

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS)

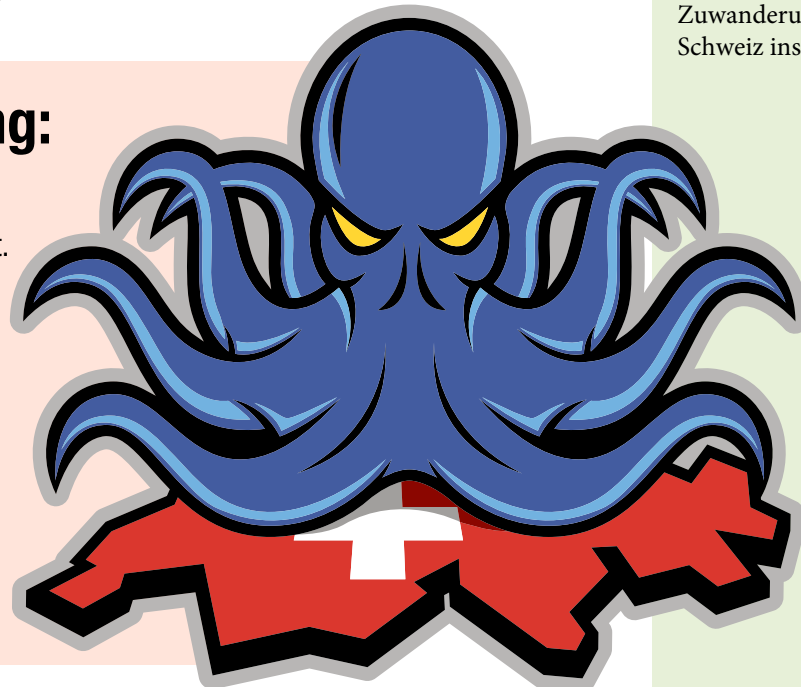
153 000

765 300

1 156 873

Die negativen Folgen der Masseneinwanderung:

- ➡ Einheimische Arbeitsplätze werden zusehends gefährdet.
- ➡ Namentlich ältere Leute verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt.
- ➡ Der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen.
- ➡ Die Landschaft wird zubetoniert und die Natur grossflächig zerstört.
- ➡ Züge, Strassen und Schulen sind vollkommen überfüllt.
- ➡ Migranten verändern unsere Schweizer Kultur.
- ➡ Öffentliche Plätze, Züge und Strassen werden unsicherer.
- ➡ Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte aller Sozialhilfebezüger Ausländer sind. Entsprechend steigen die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden unerträglich an.



Masslosigkeit schadet

Von Therese Schläpfer, Nationalrätin

Die Schweiz muss seit Jahren eine masslose Einwanderung verkraften. Trotz Volksauftrag weigert sich Bundesbern, die Zuwanderung selbst zu steuern. Alle anderen Parteien schauen bei den verheerenden Folgen der Masseneinwanderung weg.



Während Länder wie Polen, Tschechien und Ungarn ihre Zuwanderung selbst steuern und bei den Briten die ungebremsste Zuwanderung ein gewichtiges Argument für den Brexit ist, gehorchen bei uns die Politiker der anderen Parteien brav der EU. Diese sogenannten Volksvertreter vertreten nicht die Interessen der Schweiz, sondern diejenigen der Europäischen Union. Eine Schande!

Vergleich innerhalb Europas
Verglichen mit unseren Nachbarlän-

dern Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich hatte die Schweiz seit 2006 das grösste prozentuale Bevölkerungswachstum. Im Jahr 2018 war die Einwanderung selbst in absoluten Zahlen grösser als in Deutschland mit 10 Mal mehr Einwohnern! Bleibt die Zuwanderung durchschnittlich so wie in den letzten Jahren, wird die 10-Millionen-Schweiz im Jahr 2039 Realität sein (Quelle SRF, 9.4.2019).

Die Schweiz müsse mit einem Wachstum von 8000 bis maximal 10 000 Einwanderern pro Jahr rechnen, hiess es vom Bundesrat im Vorfeld der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit. Wäre dies die Wahrheit gewesen, so wären wir erst in 100 Jahren auf dem heutigen Stand.

Gefährliches Schneeballsystem

Um die Renten berappen zu können, brauche man die Einwanderer, tönt es von der Gegenseite. Und wer soll einmal die Renten der Zugewanderten bezahlen? Brauchen wir dann eine 20-Millionen-Schweiz? Welch ein naiver

Irrglaube! Hier brauchen wir richtige Lösungen. Zudem: 2017 war bei 67,7 Prozent der Zugewanderten nicht die Arbeit der Grund für die Zuwanderung in die Schweiz (Quelle: Bundesamt für Statistik, 2018).

Auswirkungen auf die Schule

Im letzten Jahr musste der Kanton Zürich allein 100 neue Schulklassen bilden. Der Anteil der Schulkinder nicht-deutscher Erstsprache belief sich durchschnittlich auf 41,7 Prozent. Dabei gibt es aber auch Gemeinden mit einem Anteil von über 75 Prozent und Schulklassen mit keinem einzigen deutschsprachigen Kind. Wir steuern im Eiltempo auf die 10-Millionen-Schweiz zu. Wollen wir das?

Die Schweizer Bevölkerungszahl bleibt stabil. Einzig die Masseneinwanderung verursacht die Bevölkerungsexplosion!

Wer wählt SVP?



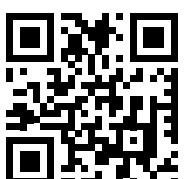
“ Meine Grossmutter stammt aus Thailand. Ich durfte zwei verschiedene Kulturen kennenlernen. Ich bin leidenschaftliche Pfadfinderleiterin. Blutspenden und einem anderen Menschen damit helfen zu können, das ist mir ein Herzensanliegen. Und ich wähle SVP, weil die unkontrollierte Zuwanderung den sozialen Frieden gefährdet. ”

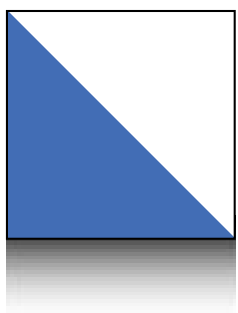
Naemi Dimmeler

Pfadfinderinnen wählen SVP

Dieses und weitere Videos auf: falschgedacht.ch

Video ansehen:





35 verlässliche Persönlich



bisher

Roger Köppel, 1965
Journalist / Medien-
unternehmer
EU-Rahmenvertrag,
Klima-Hysterie, Massen-
einwanderung bedro-
hen den Mittelstand.
Dagegen kämpfe ich!



bisher

Gregor Rutz, 1972
lic. iur., Unternehmer
Zu viele Gesetze und
immer weniger Freiheit –
dagegen kämpfe ich
als Unternehmer
in Bundesbern!



bisher

Alfred Heer, 1961
Unternehmer
Für eine weltoffene,
eigenständige, mutige
und starke Schweiz.
Direktdemokratisch und
unabhängig.



bisher

Thomas Matter, 1966
Unternehmer
Freiheit statt immer
mehr Verbote – damit
wir unser Leben und
unsere Politik selbst
bestimmen können!



bisher

Hans-Ueli Vogt, 1969
Prof. Dr., Professor für
Wirtschaftsrecht UZH
Eintreten für die
Schweiz! Ich kämpfe mit
Verstand und Rückgrat
dafür, dass es uns auch
in Zukunft gut geht.



bisher

Barbara Steinemann,
1976, lic. iur.,
Treuhänderin
Die Schweiz gründet auf
Werten, für die es sich zu
kämpfen lohnt: Freiheit,
Sicherheit, Unabhängig-
keit.



Benjamin Fischer, 1991
Betriebsökonom FH,
Präsident JSVP
Schweiz, Kantonsrat
Wir verteidigen die
Zukunft der Schweiz
und sorgen für
Wohlstand und Freiheit.



Jürg Sulser, 1961
Unternehmer
Tiefere Steuern,
Abgaben und
Gebühren, damit dem
Gewerbe mehr Geld
zum Investieren bleibt.



Christoph Mörgeli,
1960, Prof. Dr.,
Historiker
Für eine unabhängige
und weltoffene Schweiz,
die ihre Interessen
selbstbewusst vertritt.



Konrad Langhart, 1963
Biobauer, Ingenieur
Agronom FH
Gesunde Lebensmittel
aus einer starken,
einheimischen
Landwirtschaft.



Matthias Hauser, 1973
Sekundarlehrer /
Gemeindepräsident
100% wirtschafts-
freundlich, 100% für den
Erhalt der Demokratie.



Franco Albanese, 1977
Unternehmer
Als Unternehmer und
als Politiker packe ich
an. Dafür kämpfe ich:
Wohlstand erhalten,
Zuwanderung steuern,
Bürokratie stoppen.



Nina Fehr Düsel, 1980
Dr. iur., Juristin
Unabhängig bleiben
und Zuwanderung
selbst steuern, damit
Arbeitsplätze erhalten
bleiben und wir uns
sicher fühlen!



Susanne Brunner, 1972
lic. rer. publ. HSG,
Unternehmerin
Ich kämpfe gegen be-
vormundende Gesetze,
die in die persönliche
Freiheit der Menschen
eingreifen.



Marco Hirzel, 1967
Bauingenieur FH,
Gemeindepräsident
Für eine unabhängige
und selbstbewusste
Schweiz! Nein zum EU-
Unterwerfungsvertrag!



René Schweizer, 1972
Unternehmer, eidg.
dipl. Bäcker-Konditor
Intakte Wirtschafts-
bedingungen, erfolg-
reiche Ausbildungs-
systeme und Sicherheit.
Dafür kämpfe ich.



Christina Zurfluh, 1962
Marketing-Fachfrau FA
Sichere und zukunfts-
trächtige Arbeitsplätze
für junge Erwachsene
und für die
Ü-50-Generation.

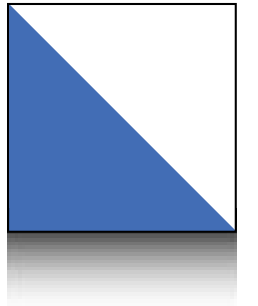


Paul Mayer, 1964
Metallbau-
unternehmer
Weniger Bürokratie
entlastet den
arbeitenden Mittelstand.
Dafür kämpfe ich!

Damit wir weiterhin frei und sicher bleiben:

- Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag
- Freiheit statt immer mehr Verbote
- Nein zur 10-Millionen-Schweiz
- Mehr Geld zum Leben
- Mittelstand entlasten
- Bürokratie stoppen
- Kein EU-Diktat

keiten für den Nationalrat



bisher

Bruno Walliser, 1966
eidg. dipl. Kaminfeger-
meister
Kein EU-Diktat und
keine Übernahme von
fremdem Recht, damit
wir auch in Zukunft frei
bleiben.



bisher

Claudio Zanetti, 1967
lic. iur., Jurist,
Kommunikations-
berater
Damit wir unsere
Schweiz zurück-
bekommen!



bisher

Mauro Tuena, 1972
Kleinunternehmer,
Computer-Techniker
Sicherheit, Freiheit, Wohl-
stand und Unabhängig-
keit – Werte unserer
Schweiz. Dafür setze ich
mich auch in Zukunft ein.



bisher

Martin Haab, 1962
eidg. dipl. Landwirt
Wir Bauern arbeiten
schon seit Ewigkeiten
mit der Umwelt – nicht
gegen sie.



bisher

Therese Schläpfer, 1959
Gemeindepräsidentin
Hagenbuch
Nein zur 10-Millionen-
Schweiz. Die masslose
Einwanderung muss
bekämpft werden.



Martin Hübscher, 1969
Landwirt, Ingenieur
Agronom FH
Gesunde Lebens-
mittel von unserer
produzierenden
Landwirtschaft für eine
gesunde Umwelt.



Romaine Rogenmoser, 1971, Betriebs-
ökonomin HWV
Werkplatz Schweiz
stärken, Regulierungs-
flut eindämmen, Freiheit
schützen.



Urs Waser, 1986
Zimmermann /
Geschäftsführer
Mit Verstand, Beschei-
denheit und Boden-
ständigkeit – damit das
Handwerk in Bundes-
bern nicht ausstirbt.



René Truninger, 1967
Unternehmer
Autobranche
Als Familienvater und
Unternehmer kämpfe
ich für Gerechtigkeit,
Freiheit, Sicherheit und
Wohlstand.



Roger Bachmann, 1970
Stadtpräsident
Mehr Eigenverantwor-
tung und weniger Staat,
damit Ende Monat mehr
im Portemonnaie bleibt!



Jacqueline Hofer, 1969
Unternehmerin, Stadt-
rätin, Kantonsrätin
Ich kämpfe für einen
starken und sicheren
Kanton Zürich.



Stefan Schmid, 1976
Projektleiter / eidg. FA,
Gemeindepräsident
Einwanderung in den
Sozialstaat stoppen,
damit unsere Sozial-
werke langfristig
gesichert sind.



Domenik Ledergerber, 1987, Landwirt,
Ingenieur Agronom,
Geschäftsführer
Für eine starke Landwirt-
schaft, lokales Gewerbe
und eine unabhängige
Schweiz.



Nicole Ward-Brändli, 1982, juristische MA
Stadtverwaltung
Gegen die Altersarmut,
damit eine würdige
Existenz auch nach dem
Arbeitsleben möglich
ist.



Saskia Meyer, 1979
dipl. Restauratrice /
Hôtelière HF
Bezahlbare Gesund-
heitsversorgung und
sichere Sozialwerke sind
nur ohne EU-Rahmen-
abkommen möglich.



Marc Bochsler, 1982
Unternehmer / Treu-
händer mit eidg. FA
Tiefere Steuern, Abgaben
und Gebühren, damit
dem Mittelstand und den
KMU mehr Geld zum Le-
ben und Arbeiten bleibt.



Andreas Leupi, 1996
System Engineer /
Gemeinderat
Für mehr Freiheit im
Alltag und mehr Geld
zum Leben. Heute und
in der Zukunft!

Frei und sicher.

Jede Stimme zählt!

Ich wott's. Ich wähl's.
Und in den Ständerat: Roger Köppel

Liste 1



Unserer Jugend eine Zukunft geben

Von Hans-Ueli Vogt, Nationalrat

Die Jungen sind unsere Zukunft. Wir müssen ihnen eine gute Ausbildung bieten und für sie Arbeitsplätze schaffen. Und wir müssen ihnen eine lebenswerte Schweiz überlassen. Dafür setze ich mich in meinem Beruf als Hochschullehrer und in der Politik ein.



Wir sind ein Land ohne Rohstoffe, ohne Meeresantrieb und auch keine Weltmacht. Alles, was wir sind, sind die Menschen, die in der Schweiz leben. Darum ist es wichtig, dass wir den jungen Menschen gute Ausbildungsmöglichkeiten bieten und für sie Arbeitsplätze schaffen. Das ist die beste Investition in den Wohlstand, von dem wir alle profitieren.

Zu einer guten Ausbildung gehören gute Mittelschulen und gute Hochschulen. In diesem Bereich ist die Schweiz bereits sehr gut. Vor allem aber müssen wir alles daran setzen,

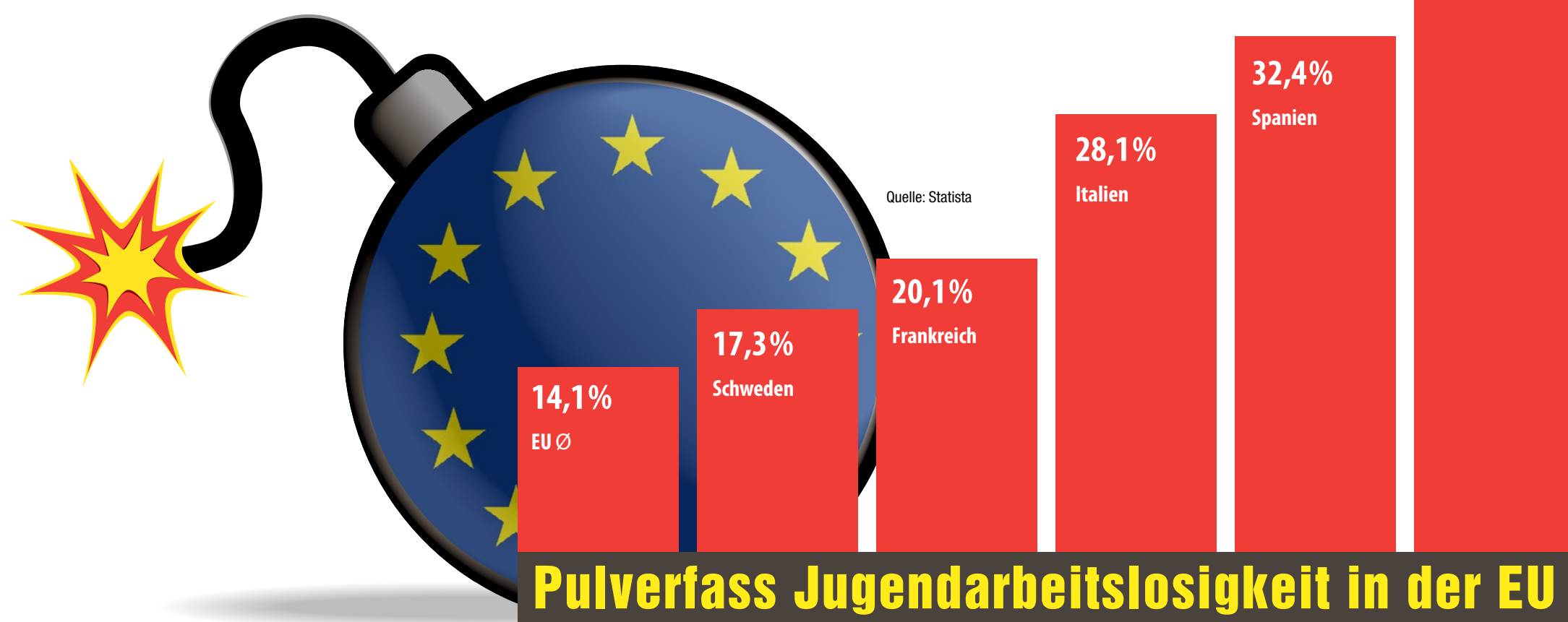
dass die Berufslehre für die Jungen wieder attraktiver wird. Menschen, die früh gelernt haben, in einem Betrieb oder einem Büro praktisch zu arbeiten, sich zu integrieren und sich durchzusetzen, sind wichtige Stützen in einer immer mehr akademisierten Berufswelt. Wir profitieren alle von einem Bildungssystem, in dem die Berufslehre gleichwertig neben einer Hochschulausbildung steht.

Selbstbestimmung bewahren
Lehrstellen und Arbeitsplätze gibt es nur, wenn es Unternehmen und damit Arbeitgeber gibt. Darum müssen wir

dafür sorgen, dass unsere Unternehmen erfolgreich sein und wachsen können. Wer die Unternehmen mit immer mehr Vorschriften und immer noch höheren Abgaben (Steuern, Abgaben an die Sozialversicherungen usw.) belastet, nimmt ihnen Geld und Zeit weg, die sie stattdessen für das Unternehmen und damit auch für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen einsetzen könnten.

«Unserer Jugend eine Zukunft geben»: Das heisst auch, sich immer zu überlegen, was für die Zukunft unseres Landes das Beste ist. Dazu gehört für

mich, dass wir – obwohl ein offenes Land in einer globalen Welt – unsere Selbstbestimmung bewahren. Es wäre verantwortungslos, den nächsten Generationen eine Schweiz zu überlassen, in der die Menschen nicht mehr mitbestimmen können. Das wäre nicht mehr die Schweiz. Darum werde ich auch in Zukunft für unsere Selbstbestimmung eintreten.



Bürokratie vernichtet Wohlstand

Auf die KMU mit mindestens drei Mitarbeitenden hochgerechnet, ergeben sich jeden Monat etwa 490 Millionen Franken Kosten für regulierungsbedingte administrative Aufwände. Das sind fast 6 Milliarden Franken pro Jahr.

Die Bürokratie vernichtet Wohlstand, Arbeits- und Ausbildungsplätze!

Quelle: sda, 2.4.2019

Für einen starken und leistungsfähigen Wirtschaftskanton Zürich

Von Bruno Walliser, Nationalrat

Der Kanton Zürich ist das wirtschaftliche Rückgrat der Schweiz und einer der stärksten Wirtschaftsräume in Europa. Er sichert uns Arbeits- und Ausbildungsplätze, Wohlstand und Sicherheit sowie attraktive Lebensbedingungen.



der Zürcher Volkswirtschaft und daher auch das wirtschaftliche Schwungrad der Schweiz.

Das Handwerk steuert einen grossen Teil des Erfolgs bei. Der Trend zur Mittelschule hat stark zugenommen und nimmt weiter zu. Viele Länder beneiden uns um unser duales Berufsbildungssystem, das auch für eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit von 2,5 Prozent in der Schweiz sorgt. Gemäss einer EU-Statistik vom Juni 2019 haben EU-Staaten wie Griechenland 39,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, in Spanien ist jeder dritte Jugendliche arbeitslos und in unserem Nachbarland Italien sind es 28,1 Prozent, in Frankreich immer noch 20,1 Prozent – ein Pulverfass für die Zukunft! Wer schon als Jugendlicher arbeitslos ist, wird es als Erwachsener noch schwerer haben, eine Arbeitsstelle zu finden. Da ist die Schweiz ein

attraktives Zielland für Arbeitssuchende. Dieser Trend gefährdet vor allem ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei uns in der Schweiz.

Wir sind auf unsere KMU angewiesen, auf bescheidene Unternehmer, die nicht in erster Linie ihren eigenen Profit oder ihren Bonus im Auge haben, sondern sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen – und dies über Generationen.

Immer mehr Auflagen, Gebühren, Verordnungen und unnötige Anpassungen an das Ausland machen unserem Gewerbe, unseren KMU und der Wirtschaft das Leben schwer. All dies bedroht unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent und verlässlich dagegen wehrt.

Masseneinwanderung:



Arbeitslos ab 50?

Wer das nicht will, wählt SVP Liste 1



99 Prozent der Zürcher Betriebe sind KMU, das heisst Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Ein Drittel dieser Firmen beschäftigt weniger als 4 Personen. Drei Viertel der Arbeitsplätze im Kanton Zürich werden von KMU geschaffen. Sie sind aufgrund ihrer Beweglichkeit und Innovationskraft das Rückgrat

Trinkwasserinitiative – Eigengoal für Umwelt und Klima

Von Martin Haab, Nationalrat / Landwirt

Wohl niemand in der Schweiz würde auf folgende Frage mit Nein antworten: Möchten Sie sauberes Trinkwasser? Mitunter ein Grund, warum die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» demnächst dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.



Die Kommunikation rund um die Initiative macht die Trinkwasserqualität ungerechtfertigt schlecht. Fakt ist: Die Trinkwasserqualität in der Schweiz ist hervorragend. Es besteht keine Gesundheitsgefährdung beim Konsum. In 98 Prozent der Messungen des Grundwassers wird der numerische Anforderungswert von Pflanzenschutzmittelwirkstoff eingehalten. Zudem ist bei Pflanzenschutzmitteln der Anforderungswert sehr tief angesetzt. Die Annahme der Initiative für sauberes Trinkwasser würde aber die Schweizer Landwirtschaft komplett auf den Kopf stellen. Die Initiative ist ein gefährliches agrarpolitisches Experiment. Zudem hat sie nicht nur den

Pflanzenschutz, sondern auch die Nutztierfütterung, die Biodiversität, die Agrarforschung und den Antibiotikaeinsatz im Visier. Ein vollständiger Verzicht auf Pflanzenschutzmittel würde den Pflanzenbau in der Schweiz massiv einschränken und zu Mindererträgen im Umfang von 20 bis 40 Prozent führen. In Extremjahren wären bei gewissen Kulturen durchaus auch Totalausfälle zu erwarten.

Importe steigen massiv

Mit der sinkenden Produktion würden die Importe zunehmen. Letztere stammen aus Produktionsbedingungen, die nicht mit dem Schweizer Standard in Bezug auf Ökologie, Tierhaltung oder soziale Arbeitsbedingungen mithalten können. Eine vergleichbare Anforderung an Importlebensmittel wäre weder kontrollierbar noch durchsetzbar.

Die Schweizer Landwirtschaft hat in den vergangenen zehn Jahren den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 40 Prozent reduziert

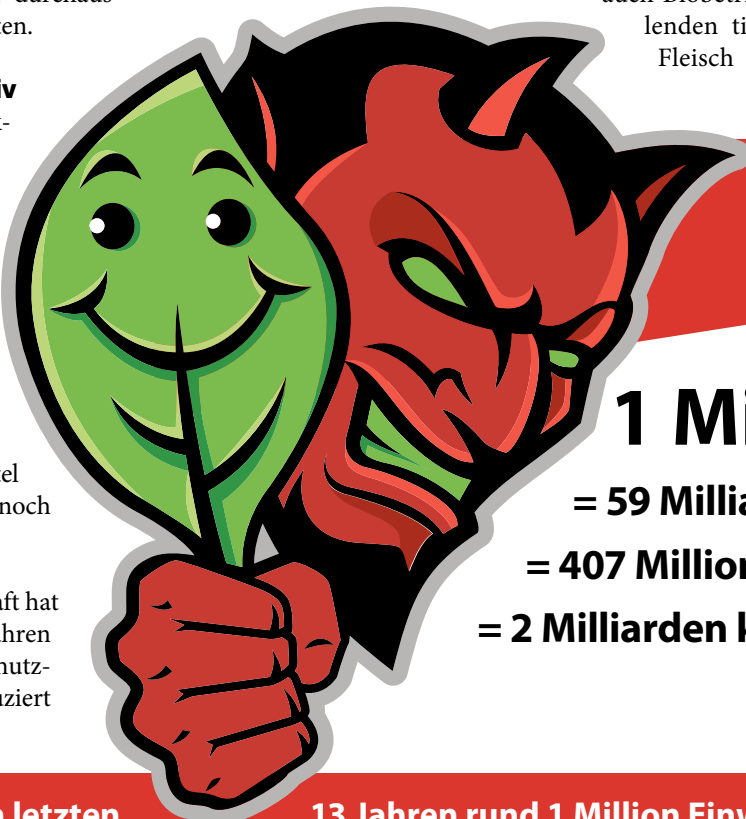
und den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung seit 2008 um 45 Prozent gesenkt.

Ein Eigengoal

Bei einer Annahme der Initiative würden vor allem Betriebe mit Spezialkulturen wie Gemüse und Obst vermehrt aus den Direktzahlungen aus-

steigen, um konkurrenzfähig mit den Importen zu bleiben. Dies hätte auf diesen Betrieben einen stärkeren Einsatz von Spritzmitteln zur Folge. Vor allem die Tierhaltung im Bereich Geflügel und Schweine würde einbrechen. Dies mangels betriebseigener Futterproduktion. Davon wären im Besonderen kleinere Betriebe sowie auch Biobetriebe betroffen. Die fehlenden tierischen Produkte wie Fleisch und Eier müssten aus

fragwürdigen Tierhaltungen importiert werden. Dem Konsum von regional produzierten Nahrungsmitteln gehört die Zukunft. Die Nachhaltigkeitskriterien sind dadurch transparent und nützen der Umwelt und dem Klima. Die Initiative steht klar im Widerspruch zur Bundesverfassung, denn sie verunmöglicht eine auf den heimischen Markt ausgerichtete Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz.



Rot-grüne Verlogenheit

1 Million Zuwanderer
= 59 Milliarden Liter Wasserverbrauch pro Jahr!
= 407 Millionen m² Flächenverbrauch zusätzlich!
= 2 Milliarden kWh Stromverbrauch pro Jahr!

Quellen: BFS, Arealstatistik und Gebäude- und Wohnungsstatistik; Bundesamt für Energie, EnergieSchweiz; Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches

Durch die masslose Zuwanderung sind in den letzten 13 Jahren rund 1 Million Einwanderer zusätzlich in unser kleines Land gedrängt. Im Durchschnitt sind das jedes Jahr über 75 000 Einwanderer – mehr als zweimal so viel wie die Stadt Uster Einwohner hat!

➔ Wer die Umwelt in der Schweiz schützen will, muss die Masseneinwanderung bekämpfen!

Landwirtschaft übernimmt Verantwortung

Von Martin Hübscher, Kantonsrat / Fraktionspräsident

Wir Landwirte befürworten alle sinnvollen und vertretbaren Massnahmen für gesunde Luft, gesundes Wasser und gesunden Boden.



Die Schweizer Landwirtschaft will ihren Teil zu einer besseren Klimabilanz beitragen. Sie befindet sich dabei auf gutem Weg und hat ihre Treibhausgasemissionen seit 1990 um über 11 Prozent gesenkt. Die Emissionen aus dem Treibstoffverbrauch gingen sogar um über 20 Prozent zurück. Besonders in der Tierhaltung gibt es Massnahmen mit nachweisbarem Potenzial: Höhere Lebensstagesleistungen bei Milch- und Mutterkühen verbessern die Methanbilanz pro Tier. In Biogasanlagen kann mittels Fermentierung

von Mist und Gülle das Methan genutzt werden, um Strom zu produzieren. Als positiver Nebeneffekt produzieren diese Abwärme, mit der sich Gebäude heizen lassen. Zudem ist das Gärgut abschliessend ein wertvoller Dünger.

CO₂ in Böden speichern

Grosses Potenzial bergen Anbausysteme, die einerseits durch Humusaufbau CO₂ im Boden speichern und andererseits direkt CO₂ aus der Atmosphäre längerfristig fixieren. Als mögliche Lösung bieten sich dabei Agroforstsysteme an. Dabei kombiniert man den Anbau von Gehölz- und Kulturpflanzen innerhalb einer Parzelle. Auch permanente Bodenbedeckung durch Gründüngungen fördern den Humusaufbau. Die reduzierte Bodenbearbeitung sowie das Einarbeiten von Pflanzenresten und Zwischenbegrünungen in die Böden helfen ebenfalls.

Diverse Produzentenorganisationen wie IP-Suisse haben Programme ins

Leben gerufen, bei denen Betriebe freiwillig mitmachen können und sich verpflichten, mittelfristig ihre Treibhausgasemissionen zu senken.

Bedrohte Ernährungssicherheit in der Schweiz

Generell haben es die Konsumenten mit in der Hand, in dem sie sich für bewusstes Einkaufen von lokalen und saisonalen Produkten entscheiden und Lebensmittelverschwendung vermeiden. Es ist zusätzliche Forschung nötig, um die Umsetzung und Wirkung von Anpassungsstrategien und Klimaschutzmassnahmen in der Praxis zu testen. Die Landwirtschaft bleibt auch ohne staatliche Interventionen am Ball – im eigenen Interesse.

Weltweit steht die Menschheit vor bedeutenden Herausforderungen. Es wird grosse Anstrengungen brauchen, trotz Klimawandel eine wachsende Weltbevölkerung mit anspruchsvolleren Konsumgewohnheiten zu ernähren. Vor diesem Hintergrund tut die Schweiz gut daran, neben organisatorischen

Vorkehrungen die Produktionskapazität ihrer Land- und Ernährungswirtschaft nachhaltig sicherzustellen. Noch nie war die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in der Schweiz so tief wie

jetzt. Die SVP wird sich weiterhin für eine eigenständige, nachhaltige Landwirtschaftspolitik einsetzen, mit der auf Basis der Familienbetriebe die Produktion gestärkt wird.

Wer wählt SVP?



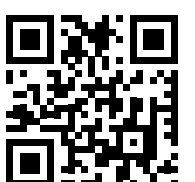
„Neben meiner Arbeit im sozialen Bereich bin ich Fotografin. Ich spiele leidenschaftlich gerne Theater. Im wilden, multikulturellen Berliner Stadtteil Kreuzberg habe ich einige Zeit bei einer Schauspielgruppe gelebt. Und ich wähle SVP, weil sie dafür sorgt, dass auch unsere Kinder selbst über unser Land bestimmen können.“

Katia Troxler

Fotografen wählen SVP

Dieses und weitere Videos auf: falschgedacht.ch

Video ansehen:



Gemeinsam für die Schweiz: Junge SVP und Liste 55plus

Die SVP kennt keinen Kampf von Jung gegen Alt. Denn die frisch zupackende Jugend wie die erfahrenen Älteren haben das gleiche Ziel: Unsere Schweiz soll frei und sicher bleiben. Darum treten die Junge SVP wie auch die Generation 55plus mit einer eigenen Liste bei den Zürcher Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019 an.



« Die Junge SVP bekämpft konsequent Missstände im Asyl-, Drogen- und Sozialbereich. »

Camille Lothe, 1994
Politikwissenschaftlerin,
Präsidentin JSVP Kanton Zürich



« Über fünfzigjährige Schweizer werden zunehmend durch billigere Arbeitskräfte verdrängt, hauptsächlich durch Zugewanderte aus dem EU-Raum. »

Valentin Landmann, 1950
Dr. iur. Rechtsanwalt,
Kantonsrat

Spitzenkandidatin Junge SVP

Die Mitglieder der Jungen SVP politisieren völlig eigenständig, pflegen aber ein gutes Verhältnis zur Mutterpartei. Bei ihren Parolen ziehen die Jungen wie die Älteren praktisch immer am gleichen Strick. Einen Generationenkonflikt kennt die SVP nicht. Der Jungen SVP Zürich ist es gelungen, für die Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019 eine eigene Liste zusammenzustellen. Die Junge SVP setzt sich un-

« Die Liste 55plus will eine voll funktionsfähige AHV. Negativzinsen der Nationalbank zerstören unsere Ersparnisse und unsere Pensionskassen. »

missverständlich, mutig und pointiert für eine konsequent bürgerliche Politik ein. Sie bekämpft konsequent Missstände im Asyl-, Drogen- und Sozialbereich.

Ebenso energisch kämpft die Junge SVP gegen den Beitritt der Schweiz in die Europäische Union und gegen den EU-Rahmenvertrag. Sie steht ein für eine unabhängige und neutrale Schweiz mit einer einsatzbereiten Armee, die Land und Bevölkerung im Ernstfall wirkungsvoll verteidigen kann. Die Junge SVP befürwortet ein härteres Vorgehen gegen Kriminelle und fordert eine eigenständig steuerbare Einwanderungspolitik. Zudem setzt sich die Junge SVP für einen rigorosen Staatsabbau ein, damit Steuerenkungen für Unternehmen und Private möglich werden. Dank dieser klaren Linie ist die Junge SVP die einzige, richtig bürgerliche Jungpartei.

Spitzenkandidat Liste 55plus

Schweizer AHV sichern

Was die Junge SVP in der Startphase ihres politischen Lebens mit Elan aufnimmt, verkörpern die Kandidaten der Liste 55plus mit ihrer jahrzehntelangen politischen und privaten Lebenserfahrung. Bei uns wird niemand beiseitegeschoben, sondern die Erfahrung zum Vorteil der Bürger genutzt. Die Schwerpunkte unserer Politik sind bei den Kandidaten auf der SVP-Liste 1, der Liste 55plus und der Jungen SVP die gleichen. Es geht darum, die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Schweiz zu erhalten.

Die Liste 55plus will eine voll funktionsfähige AHV. Negativzinsen der Nationalbank zerstören unsere Ersparnisse und unsere Pensionskassen. Diese Negativzinsen sollen zumindest per Gesetz von der Nationalbank der AHV zugeführt werden. Wir haben ein funktionierendes Gesundheitssystem – ungeachtet der hohen Kosten und einzelner Mängel. Es darf nicht sein, dass dieses System mit Verstaatlichungsprojekten gefährdet wird. Es bedarf nicht eines Systemwechsels, sondern es müssen Verbesserungen erreicht werden. Und die Krankenkassenprämien sollen stärker steuerlich abzugsfähig werden.

Arbeitsplätze erhalten

Über fünfzigjährige Schweizer, die ihre Arbeitsstelle verlieren, haben grösste Mühe, sich wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Sie werden zunehmend durch jüngere und billigere Arbeitskräfte verdrängt, hauptsächlich durch Zugewanderte aus dem EU-Raum.

Rasch verlieren sie im frustrierenden Kampf um eine Arbeitsstelle Selbstachtung und Lebensmut. Um den arbeitslosen älteren Mitbürgern («Ü50») wie-

« Die Krankenkassenprämien sollen stärker steuerlich abzugsfähig werden. »

der eine Chance im Arbeitsmarkt zu eröffnen, ist der Inländervorrang wiederherzustellen und die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern. Unternehmen, die «Ü50» neu beschäftigen, sollen die Sozialleistungen steuerlich zusätzlich in Abzug bringen können.

« Die Junge SVP befürwortet härteres Vorgehen gegen Kriminelle. »



Dafür kämpfen wir:

- Freiheit erhalten
- Sicherheit gewährleisten
- Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag
- Härte gegenüber Kriminellen
- Einwanderung steuern
- Missstände im Asyl-, Drogen- und Sozialbereich bekämpfen
- Altersvorsorge sichern
- Die Steuern für Private und Unternehmen senken
- Schleichenden EU-Beitritt verhindern
- Gesundheitssystem sichern
- Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Schweiz erhalten

Wer wählt SVP?



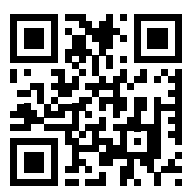
« Ich bin Offizierin in der freiwilligen Feuerwehr. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist mir wichtig. Dazu leiste ich meinen Beitrag. Ich bin jung, gebildet und selbstbestimmt. Und ich wähle SVP, weil sie sich für eine sichere AHV einsetzt. »

Astrid Reinhard

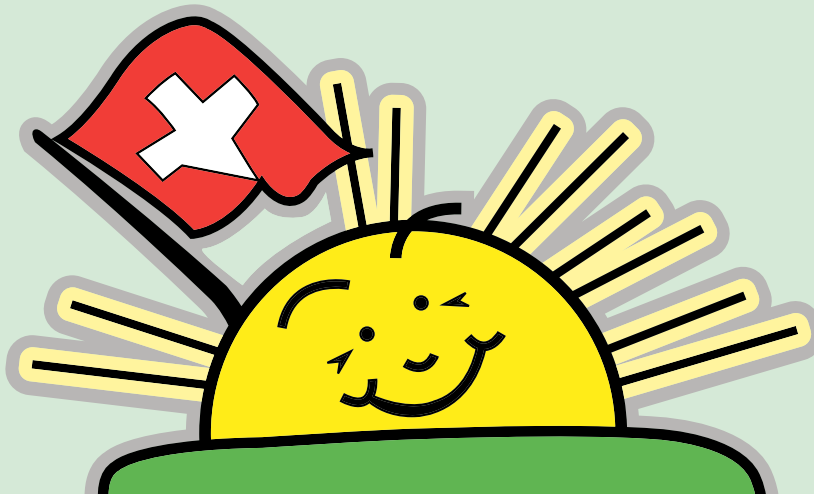
Feuerwehrleute wählen SVP

Dieses und weitere Videos auf:
falschgedacht.ch

Video ansehen:



Alt und Jung



**Wir kämpfen für unsere
freie und sichere Schweiz!**

Allmachtsgebaren der KESB stoppen

Von Barbara Steinemann, Nationalrätin

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sollte Menschen helfen. Doch die Behörde hat fast unbegrenzt Macht und kann schalten und walten wie sie will. Eine Kontrolle der KESB findet fast nicht statt.



Das geltende Recht verleiht der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) eine beinahe unbegrenzte Machtbefugnis, wie sie keine andere Behörde kennt und die beinahe keiner Kontrolle unterworfen ist. Die

neue, seit 2013 «professionalisierte» Vormundschaftsbehörde kann ins Leben von Minderjährigen, Alleinerziehenden, Behinderten, Senioren und generell allen Bürgern eingreifen. Sie entscheiden darüber, ob ein Kind fremdplatziert wird, ein psychisch Kranker gewisse Entscheide nicht mehr selber fällen darf oder ein dementer Betagter ins Heim muss.

Massive Macht

Oftmals wird der Wille der Betroffenen umgangen, werden Bankkonti blockiert, Vermögenswerte und Familienunternehmungen werden verkauft oder zu Ungunsten des Betroffenen «verwaltet». Ohne vertiefte juristische Kenntnisse oder genü-

gend Geld bleibt manchem Betroffenen kaum eine Chance. Private Beistände sind vertrieben worden, durch Leute, die Geld verdienen wollen. Ein Berufsbeistand hat heute mehr als 70 Fälle zu bewältigen, also Menschen mit irgendwelchen Defiziten. Auf diese Weise wird in dieser Branche sehr viel Geld verdient. Wer überprüft die Massnahmen, die Anordnungen, wer kontrolliert die Effizienz, die Wirkung, das Kosten- und Nutzen-Verhältnis?

Gegen die Menschlichkeit

Die grosse Distanz zu den Menschen ist alles andere als ein Ausdruck von Professionalität. Geeignete KESB-Mitarbeiter und von diesen einge-

setzte Berufsbeistände gehen mit ihrer Machtfülle besonnen um und sind um das Wohl der Betroffenen besorgt. Ungeeignete Mitarbeiter hingegen entscheiden oft vom Schreibtisch aus, treffen Anordnungen gegen den Willen der Involvierten, lassen Menschlichkeit vermissen. Bis jetzt konnte die KESB nicht glaubhaft machen, dass ihre angeblich professionellen Mitarbeiter empathiefähiger oder vernünftiger sind als der Bürger aus der Mitte der Gesellschaft. Unschöner Nebeneffekt: Gleichzeitig sind die Kosten immens gestiegen. Die falsche Weichenstellung erfolgte auf Bundesebene. Diese Konstruktionsfehler muss der Gesetzgeber schnellstens korrigieren.



Barbara Keller-Inhelder
Nationalrätin
Präsidentin KESB-Schutz

« Es kann jeden von uns jederzeit treffen: Wegen eines Unfalls, einer Krankheit, einer vermeintlichen oder effektiv beginnenden Demenz, oder auch nach einer Gefährdungsmeldung – kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) über Sie verfügen. Jeder kann anonym und kostenlos eine Gefährdungsmeldung gegen Sie einreichen und die KESB muss aktiv werden. Als Konsequenz kann die KESB einen fremden Berufsbeistand einsetzen, der zusammen mit der KESB über Ihre Person, Ihren Aufenthaltsort, Ihr Vermögen, Ihr Haus, Ihre Wohnung oder sogar über Ihre Familienunternehmung bestimmen und verfügen kann. »

So kann die KESB Ihr Leben zerstören!

- ❖ Von der KESB eingesetzte Berufsbeistände platzieren ältere Menschen mit physischer Gewalt und gegen ihren Willen im Altersheim oder im Pflegeheim.
- ❖ Von der KESB eingesetzte Berufsbeistände verkaufen Häuser gegen den Willen der Betroffenen und ihrer Familien und ohne Notwendigkeit.
- ❖ Von der KESB eingesetzte Berufsbeistände verkaufen Familienunternehmungen, beispielsweise eine Schreinerei eines Urteilsunfähigen, ohne Not und gegen den Willen der ganzen Familie, unprofessionell und weit unter Wert.
- ❖ Die KESB nimmt Eltern ihre Kinder weg, in filmreifen Auftritten, um sie in einem Heim zu platzieren. Eltern, Grosseltern und Angehörige kämpfen verzweifelt, um ein Kind nach Monaten oder auch nach Jahren wieder zurückzubekommen.

Gerechtes Sozialsystem

Von Mauro Tuena, Nationalrat

Die SVP spricht Missstände an. Egal, ob die anderen Parteien und die Medien sie dafür durch den Dreck ziehen. Die SVP hat durch ihre hartnäckige Arbeit schon einige Missstände behoben.



maschen verursachten Schäden bewegten sich in der Grössenordnung von 6 Prozent der gesamthaft ausbezählten Leistungen. Es geht also um Milliardensummen.

SVP setzt sich durch

In den letzten 14 Jahren war der Einsatz von Sozialdetektiven unbestritten. Auch linke Kreise nahmen anfangs die Erfolge zur Kenntnis. Die Missbrauchsquoten gingen massiv zurück. Sie lagen zuletzt unter zwei Prozent. Mutmassliche Betrüger wussten, dass sie damit rechnen mussten, erwischt zu werden. Der präventive Charakter des Einsatzes von Sozialdetektiven ist also offensichtlich. Doch damit ist nun Schluss. Betrüger innerhalb der Sozialhilfe werden seit 2016 gedeckt, ein erfolgreiches Überprüfen ist nicht mehr möglich. Mit einem Entscheid vom 18. Oktober 2016 hat der Europäische

Gerichtshof für Menschenrechte Überwachungsmassnahmen durch eine Versicherung für nicht zulässig erklärt. Er bemängelte, dass hierfür die gesetzlichen Grundlagen fehlen.

Mittelstand zahlt die Zeche

Sofort stellten unzählige Sozialämter den Einsatz von Überwachungsmassnahmen ein. Das Betrügen wurde wieder salonfähig, man muss keine Kontrollen mehr fürchten. Massnahmen zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen werden von Linken abgelehnt. Die Geprellten sind die Steuerzahlenden. Das missbräuchliche Erschleichen von Sozialhilfeleistungen ist asozial. Es treibt die Steuern in die Höhe und hintertreibt den ursprünglichen Gedanken der Sozialhilfe. Sozialhilfe soll als Überbrückung bekommen, wer unfreiwillig in eine finanziell bedrohliche Lage gerät. Diesen Grundsatz gilt es wiederherzustellen.

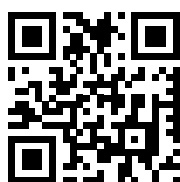
Wer wählt SVP?



« Als Pflegefachfrau habe ich eine soziale Ader. In meinem Umfeld schätze ich den Kontakt mit Menschen aus unterschiedlichsten Nationen. Salsa tanzen oder auf Reisen andere Kulturen kennenlernen, das macht mich glücklich. Und ich wähle SVP, weil ich mich in meinem eigenen Land nicht fremd und unsicher fühlen will. »

Tanja Emmenegger

Pflegefachpersonal wählt SVP



Dieses und weitere Videos auf:
falschgedacht.ch

Video ansehen:

National- und Ständeratswahlen 20. Oktober 2019

So wählen Sie richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert.

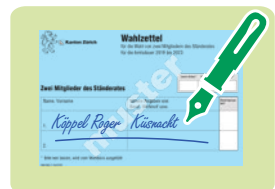


2. **Nationalrat:**
Wählen Sie eine der folgenden Listen aus:

- SVP-Liste 1 oder
- SVP-Liste 55plus oder
- Junge SVP-Liste



3. Legen Sie die ausgewählte Liste unverändert ins kleine Couvert.
WICHTIG: Sie dürfen nur **eine** Liste abgeben. Andernfalls ist die Wahl ungültig.



4. **Ständerat:**
Schreiben Sie auf den Ständeratswahlzettel nur den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Roger Köppel hin. Sie dürfen den Namen Roger Köppel **nur einmal** hinschreiben. Die zweite Zeile leer lassen oder durchstreichen.



5. Legen Sie den Ständeratswahlzettel ebenfalls ins kleine Couvert. Verschiessen Sie das kleine Couvert.



6. **WICHTIG:** Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



7. Das kleine Couvert und den Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, sodass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster ersichtlich ist.



8. Das Stimmcouvert:
bis 15. Oktober per A-Post aufgeben oder
bis 18. Oktober auf die Gemeinde bringen oder
am 20. Oktober in die Urne werfen.

Fragen zu den Wahlen?
Fragen zu den Wahlzetteln?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0 (09.00 – 18.00 Uhr)

Per E-Mail: wahlen@svp.ch



[f](#) [YouTube](#) [Instagram](#) / SVP des Kantons Zürich [Twitter](#) / SVP Kanton Zürich

svp-zuerich.ch

In den **Ständerat**

Roger Köppel



**Für eine freie
und unabhängige Schweiz!**

Ich wott's. Ich wähl's.
Und in den Ständerat: Roger Köppel

Liste 1

